

Der Alte ist an allem schuld

Geht's der Wirtschaft schlecht, verliert der amtierende US-Präsident massiv Stimmen

«Präsident Bush wird die Wahl gegen Clinton verlieren, weil die Wirtschaftslage so schlecht ist.» Diese Behauptung wird gegenwärtig häufig erhoben – aber stimmt sie auch? Professor Bruno S. Frey vom Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich hat die Wahlchancen der US-Präsidentschaftskandidaten anhand von Statistiken untersucht.

Selbstverständlich kann niemand die Zukunft mit Sicherheit voraussagen. Gerade auf Wahlen wirkt eine grosse Zahl von Einflüssen, die sich nicht alle voraussagen lassen. Allerdings können aufgrund von Erfahrungen in der Vergangenheit bestimmte Regelmässigkeiten isoliert werden.

Die moderne Politische Ökonomie hat den Einfluss der Wirtschaftslage auf die Politik vertieft untersucht. Zwischen den Wahlen wird erfasst, wie die Wirtschaftslage auf die Popularität der Regierung (des Präsidenten) wirkt, bei Wahlen wird der Wählerstimmenanteil der Kandidaten ermittelt.

Unzufriedene Wähler bezahlen an der Urne

Die Wähler machen den Präsidenten für die Wirtschaftslage verantwortlich; das ist die grundlegende Vorstellung hinter diesen Untersuchungen. Diese Hypothese ist nicht trivial, denn der Präsident kann ja die Wirtschaftslage nur wenig beeinflussen und ist oft völlig machtlos. Der Zusammenhang kann deshalb auch etwas allgemeiner gesehen werden. Mit der Wirtschaftslage unzufriedene Wähler äussern ihre Frustration, indem sie gegen den Präsidenten und für einen neuen Mann – oder eine neue Frau – stimmen, in der vagen Hoffnung, dass er oder sie es besser machen wird.

Wenn der Präsident aus eigenem Entschluss (wie z. B. Johnson 1968) oder wegen der Begrenzung auf zwei Amtsperioden (wie Eisenhower 1960 oder Reagan 1988) nicht mehr antritt, wird der Kandidat der gleichen Partei für die Wirtschaftslage der vergangenen vier Jahre verantwortlich gemacht.

Die «Wirtschaftslage» besteht (vor allem) aus Inflation, Beschäftigung und Einkommenswachstum. Untersuchungen an meinem Lehrstuhl an der Universität Zürich haben für die Vergangenheit ergeben, dass die Popularität des Präsidenten um rund 4 Prozentpunkte (das heisst zum Beispiel von 48 Prozent auf 44 Prozent) zurückgeht, wenn die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt (zum Beispiel von 4 Prozent auf 5 Prozent) steigt.

Der Einfluss der Inflationsrate ist geringer: Eine um einen Prozentpunkt höhere Inflation vermindert die Popula-



rität des Präsidenten nur um etwa einen Prozentpunkt. Erhöht sich schliesslich die Wachstumsrate des verfügbaren Einkommens um einen Prozentpunkt, nimmt die Popularität des Präsidenten um etwa einen halben Prozentpunkt zu.

Für die Wahlen lassen sich auch nur schon anhand der Wachstumsrate des den Einwohnern nach Steuerabzug (und nach Erhalt von staatlichen Beihilfen) verbleibenden Einkommens gute Voraussagen treffen. Wie es sich gezeigt hat, erklärt allein diese Einflussgrösse rund 85 Prozent der Unterschiede in den Wahlergebnissen der Nachkriegsjahre. Auffälligerweise bewerten die Wähler gegenwärtige Einkommensveränderungen höher als solche am Anfang der Wahlperiode.

Die Grafik zeigt den Zusammenhang zwischen dem Einkommenswachstum auf der waagrecht Achse und dem Stimmenanteil des Präsidenten (bzw. dessen «Schützlings») auf der senkrechten Achse. In der Wahlperiode 1960–64 war zum Beispiel das jährliche Einkommenswachstum mit etwas über 4 Prozent sehr hoch, so dass der bisherige Präsident Johnson 1964 mehr als 60 Prozent der Stimmen erhielt und überlegen gewann.

Kriegsereignisse haben einen grossen Einfluss

In der Periode 1976–80 ist hingegen das real verfügbare Einkommen sogar geschrumpft, so dass der Kandidat des Weissen Hauses,

Jimmy Carter, weniger als 45 Prozent der Stimmen erhielt und von Reagan vernichtend geschlagen wurde.

Wie die Grafik zeigt, üben Kriegsereignisse einen nachhaltigen Einfluss aus. Der Koreakrieg wurde bis zur Wahl im Jahr 1952 immer unpopulärer, so dass der Kandidat des Weissen Hauses (Adlai Stevenson) zwischen 8 und 9 Prozentpunkte weniger Stimmen erhielt als allein aufgrund der Wirtschaftslage zu erwarten gewesen wäre: Er wurde durch Eisenhower geschlagen. 1968 wirkte sich der Vietnamkrieg ähnlich aus: Weil der Krieg unpopulär wurde, verlor Johnsons «Schützling» Hubert Humphrey Millionen von Stimmen – Nixon triumphierte. Allein aufgrund der Wirtschaftslage hätten die beiden

Demokraten Stevenson und Humphrey vermutlich gewonnen.

Aus der Figur lässt sich auch ablesen, dass die Gewinne der Republikaner bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen nicht so sehr auf ideologische Gründe (einen Rechtsrutsch der Wähler) zurückzuführen sind; vielmehr sind das geringe Wirtschaftswachstum vor der Wahl von 1980 (was Reagan den Sieg brachte) und das hohe Wachstum in der Periode 1980–88 (was Reagan seine Wiederwahl und Bush den ersten Wahlsieg brachte) dafür verantwortlich.

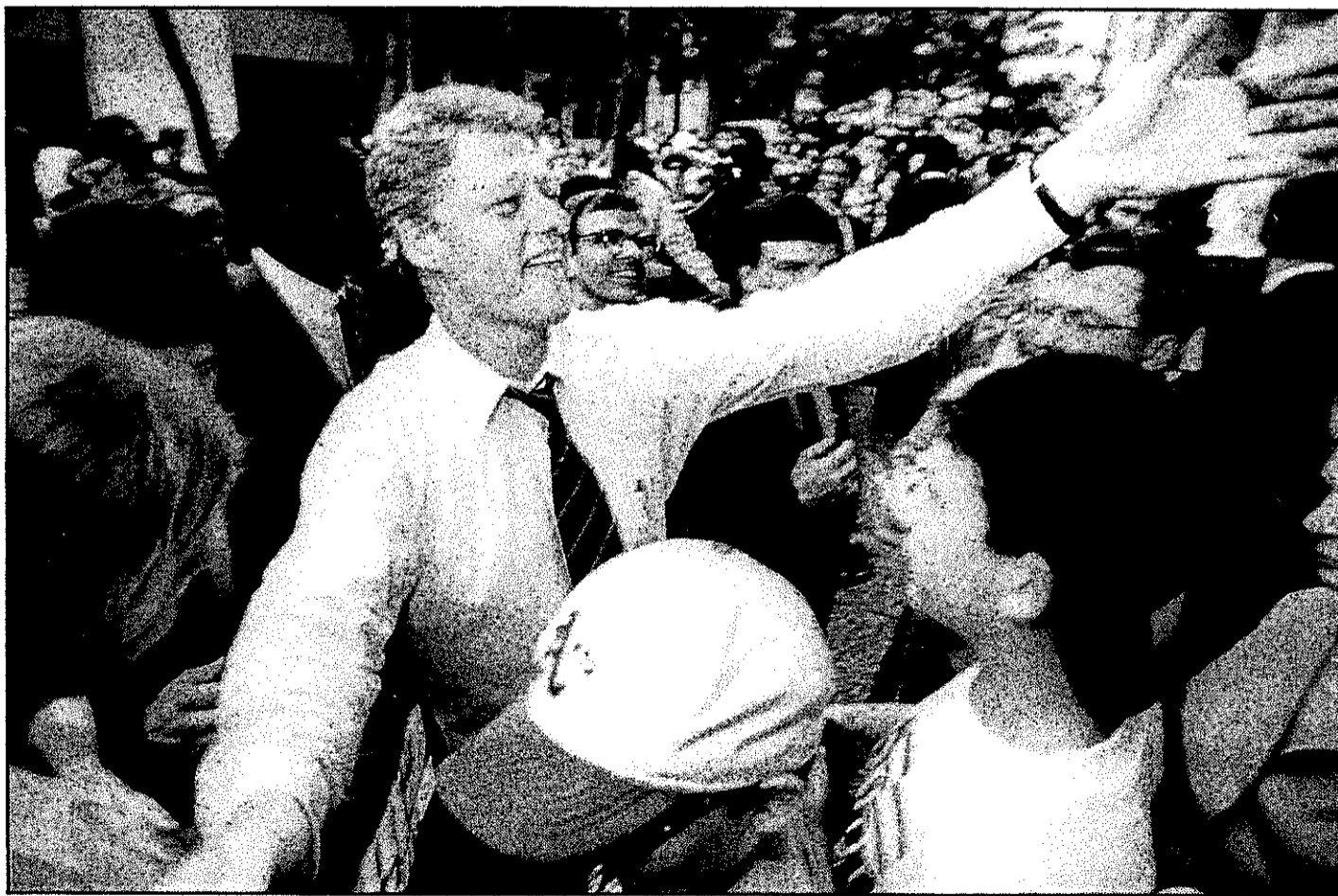
Glaubt man den Daten, heisst der Sieger Clinton

Der am Wirtschaftsforschungsinstitut der schwedischen Gewerkschaften tätige Professor Douglas Hibbs (ursprünglich ein Amerikaner) hat den diskutierten Zusammenhang eingehend untersucht. Die ansteigende gestrichelte Linie in der Figur zeigt, dass im Durchschnitt höheres Wirtschaftswachstum dem Präsidenten und dessen «Schützling» einen höheren Stimmenanteil bringt. Hibbs verwendet den Zusammenhang nun für eine Prognose der kommenden Präsidentschaftswahl.

Verlässliche Daten belegen während Bushs Präsidentschaft bis zum ersten Quartal 1992 ein durchschnittliches Einkommenswachstum von 0,3 Prozent pro Jahr. Diese schlechte Performance resultiert gemäss der Grafik in einem Stimmenanteil von 48 Prozent für Bush und 52 Prozent für Clinton.

Bush ist, wie jedem Politiker, die Bedeutung der Wirtschaftslage für die Wahlen wohl bekannt. Er hat deshalb grosse Anstrengungen unternommen, die Wirtschaftslage auf die Wahlen hin zu verbessern. Wahrscheinlich kann er den (gewichteten) Durchschnitt des Wirtschaftswachstums noch auf rund 0,5 Prozent pro Jahr anheben. Gelingt ihm dies, kann er aufgrund der Wirtschaftslage etwa mit 49 Prozent der Stimmen rechnen – Clinton siegt mit 51 Prozent.

Der Vorsprung Clintons erscheint gering – sicher geringer als gemäss Umfragen erwartet. Hibbs hält allerdings die Voraussage eines Sieges von Clinton für wohl begründet, weil der ermittelte Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Wahlergebnissen in der Vergangenheit (mit Ausnahme bei Kriegen) stabil war. Die Beteiligung eines dritten Kandidaten, Ross Perot, stellt ein Novum dar; sein Einfluss lässt sich nicht aus der Vergangenheit ableiten. Die meisten Kommentatoren sind sich jedoch einig, dass er nur rund 10 Prozent der Stimmen erhalten wird und nicht entscheidend ins Rennen eingreifen kann. Deshalb wird in der Untersuchung nur der Anteil Bushs und Clintons an den für die klassischen Parteien abgegebenen Stimmen ausgewiesen.



LACHENDER ERBE: Herausforderer Bill Clinton profitiert bei den US-Wahlen von den Schwächen der US-Wirtschaft.

Foto: Tomas Muscionico/Lookat